

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststraße 34-37

11019 Berlin

Per

Telefax: 030-18 615-5208

buero-iiib2@bmwi.bund.de - info@bmwi.bund.de

Gesamt: Seiten

Naturschutzinitiative e.V.

unabhängiger gemeinnütziger
Naturschutzverband

Geschäftsstelle

Am Hammelberg 25
D-56242 Quirnbach/Westerwald
Telefon +49 (0) 26 26 - 926 477 0
Telefon +49 (0) 26 26 - 926 443
Telefax +49 (0) 26 26 - 926 477 1
Email info@naturschutz-initiative.de

www.naturschutz-initiative.de

Vertretungsberechtigte

Harry Neumann, Bundesvorsitzender
Dr. Ulrich Althausen und Sylke Müller-Althausen,
stv. Bundesvorsitzende

21.04.2016

Stellungnahme der Naturschutzinitiative e.V. zum Entwurf der EEG-Novelle 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Naturschutzinitiative e.V. geben wir zum Entwurf der EEG-Novelle 2016,
speziell zu Windkraft an Land, die folgende Stellungnahme ab:

Als gemeinnütziger eingetragener bundesweit tätiger Naturschutzverband setzen wir uns gemäß unserer Satzung für den Schutz von Landschaften, Wäldern, Wildtieren und Lebensräumen ein. Gerade der massive Ausbau der Windkraft in wertvollen Landschaften und Wäldern hat in vielen Regionen zur großflächigen Zerstörung von Lebensräumen und der Biodiversität geführt. Die Beweise der Windkraftbetreiber, dass Eingriffe in die Natur durch hohe Winderträge wirtschaftlich gerechtfertigt sind, blieben aus. Denn die Förderung der Windkraft durch das EEG schaffte Rechtfertigung genug. Eine „Glättung“ findet aber weder statt noch ist diese mathematisch/physikalisch möglich. Diese Fehlentwicklung wird mit dem aktuell vorliegenden Entwurf leider nicht korrigiert. Geförderte Windkraft wird auch künftig an windschwachen, völlig unrentablen Standorten möglich sein.

Die bisher gültige EEG-Novelle hat zu einem Wildwuchs und regelrechten Wettrennen im ungezügelten Ausbau von Windkraftanlagen an Land geführt. Die jeweiligen Länderverordnungen und Leitfäden haben den ungezügelten Ausbau noch unterstützt, ohne



Naturschutzinitiative e.V.

unabhängiger gemeinnütziger
Naturschutzverband

dem Natur- und Artenschutz die Bedeutung beizumessen, die ihm zusteht. Wertvolle Landschaften, Lebensräume und Wälder sind in den letzten Jahren zu Windkraftindustrialgebieten umfunktioniert worden, gerade auch in windschwachen Gebieten, ermöglicht durch das EEG. Der vorliegende Entwurf der EEG-Novelle ist nach wie vor unzureichend ausgestaltet, um den Ausbau von Windkraft an Land zeitnah und ausreichend zu regulieren. Das EEG sollte grundsätzlich für alle Erneuerbaren Energien auslaufen. Diese Fehlsteuerungen und dieses planwirtschaftliche Instrument sind dringend zu korrigieren und abzuschaffen. Insbesondere Windenergieanlagen haben sich dem freien Markt zu stellen.

Die jetzigen Vorschläge des BMWI zur Ausschreibung von Windenergie an Land sind zu kritisieren, da sie weiter zu einer massiven Überschreitung des Erneuerbaren-Korridors führen werden. Die zugrundeliegenden Berechnungen zur Ermittlung der Ausschreibungsmengen werden den Ausbau von Windkraft in den nächsten Jahren übermäßig vorantreiben. Dies gilt es dringend zu korrigieren.

Die Energiewende und der Umstieg auf alternative Energien benötigt einen ganzheitlichen Ansatz. Weder sind die Netzkorridore ausreichend ausgebaut worden, noch fehlen marktaugliche Lösungen zur Speicherung der Energien und dies noch für viele Jahre. Langfristig werden die Strompreise für die privaten Verbraucher ungebremst weiter ansteigen.

Der Bau von Windkraftanlagen an Land in windschwache Gebiete wird durch das EEG weiter subventioniert. Landschaften werden verspargelt, Wälder werden zerschnitten und wichtige Lebensräume werden weiter zu Industriebrachen umgewandelt, ohne dass hierfür eine wirkliche Notwendigkeit vorliegt oder die Eingriffe hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Rentabilität begründet werden können. Dies gilt es unbedingt zu vermeiden.

Immer mehr Wissenschaftler und Fachleute berichten darüber, dass auf Deutschland in den nächsten Jahren massive Netzprobleme zukommen werden. Außerdem werden Milliarden





Naturschutzinitiative e.V.

unabhängiger gemeinnütziger
Naturschutzverband

von Zusatzkosten in der EEG-Umlage und bei den Re-Dispatch-Kosten prognostiziert. Die Last wird immer mehr auf die privaten Stromkunden umgelegt, während das Befreiungsvolumen für die privilegierten Unternehmen und Eigenstromerzeuger anwächst.

Wir lehnen die Berechnungsformeln für die Festlegung von Ausschreibungsmengen bis 2025 strikt ab und fordern, die Mengen von Windkraft an Land umgehend für die Jahre 2019 und 2020 jährlich ganz klar zu begrenzen und diese auch durch die EEG-Novelle ausreichend zu steuern. Dies ist in dem jetzigen Entwurf nicht erkennbar.

Der Windkraftausbau muss sich streng an dem Korridor orientieren (32,6 bis 37,6 Prozent Erneuerbaren Anteil am Bruttostromverbrauch im Jahr 2020). Bei der Festlegung muss der überschießende Windausbau der Jahre 2014 bis 2018 berücksichtigt werden.

Wir können bei dem jetzt vorliegenden Entwurf nicht erkennen, dass die Bundesregierung hier auf „Sicht fährt“. Wir entnehmen dem Entwurf nicht, dass die Ausbaumengen so gesteuert werden, dass es 2017 und 2018 nicht weiter zu neuen Rekordwerten bei Windenergieanlagen an Land kommt. Im Gegenteil. Wir vermuten sehr stark, dass aufgrund der unscharfen Regulierung es zu einem weiteren massiven Ausbau von Windkraft in den nächsten Jahren kommen wird.

Dies wäre eine Katastrophe für die Natur, für viele bedrohte Tierarten – insbesondere durch den großflächigen Verlust von Lebensräumen und für die Bevölkerung, die vielfach schon heute unter der massiven Bedrängung von Windkraftanlagen leidet (Hunsrück, Brandenburg, Schleswig-Holstein, etc.).

Der Entwurf fördert weiter den Ausbau von Windkraft in unwirtschaftlichen, windschwachen Gebieten. Die Zerstörung von Lebensräumen für viele windkraftsensible Tierarten ist nicht zu rechtfertigen. Viele Wissenschaftler sprechen bereits jetzt schon von einem Desaster für die Biologische Vielfalt durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien.



Naturschutzinitiative e.V.

unabhängiger gemeinnütziger
Naturschutzverband

Das EEG ist nicht zeitgemäß. Es gibt keine Notwendigkeit für den weiteren massiven Ausbau von Windkraft. Die Subventionierung durch das EEG ist zügig zu beenden und die Windkraft hat sich dem Energiemarkt zu stellen. Die in der EEG-Novelle aufgeführte Bagatellgrenze von einem Megawatt bei den Ausschreibungen lehnen wir ab, da diese zu hoch ist. Auch kleinere WEA haben sich dem Markt zu stellen.

Wir fordern eine scharfe Einmaldegression. Der Windshore-Boom mit seinen negativen Auswirkungen auf das Ökosystem und auf das Stromsystem wird sehr viel massiver sein als der seinerzeitige PV-Boom.

Grundsätzlich gilt:

Wenn Vollbenutzungsstunden von Anlagen steigen (was ja die gesamte Windbranche und die Agora Energiewende behaupten), dann muss notwendigerweise die zur Ausschreibung kommende Gigawattzahl sinken. Dies muss zwingende Korrekturen auch auf Länderebene zur Folge haben. Die EEG-Novelle beseitigt die derzeitigen Fehlsteuerungen nicht und ist daher grundsätzlich in der vorliegenden Entwurfsfassung abzulehnen.

Wir bewerten es als schlichtweg falsch, dass der Zubau netzverträglicher erfolgen würde. Es gibt seitens des BMWI kein konkreter Vorschlag für ein eigenes Steuerungsinstrument zur Netzverträglichkeit. Dies fehlt inhaltlich konkret ausgestaltet u.E. gänzlich in der EEG-Novelle 2016.

Wir lehnen den Vorschlag ab, den 52 GW-PV-Deckel aufzuheben. Der PV-Anteil von über 10 Milliarden Euro an der EEG-Umlage rechtfertigt es nicht, den Deckel wieder aufzuheben.

Der Boom der Windkraft an Land wurde gerade wegen der aktuellen Fehlsteuerungen durch das EEG möglich. Mittlerweile ist ein Ausbaustand erreicht, dass ohne ausreichende





Naturschutzinitiative e.V.

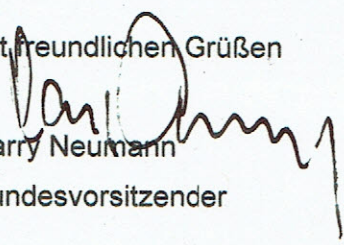
unabhängiger gemeinnütziger
Naturschutzverband

Netzkorridore, ohne Speichertechnologien, ein weiterer Ausbau von Windkraft eine destruktive Entwicklung annimmt, zu Lasten von Menschen und Natur. Dies ist abzulehnen.

Die Förderungen für Windkraft sind gänzlich abzuschaffen. Der Nachweis für den Klimaschutz wurde bis heute nicht erbracht, stattdessen wurden wertvolle Lebensräume und Landschaften zerstört, mit allen negativen Auswirkungen auf die Biodiversität.

Wir bitten um Beachtung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen


Harry Neumann

Bundsvorsitzender